

TA
12.15

Haushaltssperre gilt auch für die Ortsteile

Die Mittel können nur zum Teil abgerufen werden. Genehmigung nötig

VON HOLGER WETZEL

Erfurt. Die 41 Erfurter Ortsteile mit eigenem Ortsteilrat können auch im neuen Jahr ihr Geld nicht in voller Höhe verplanen. Wie viele freiwillige Ausgaben sind auch die Ortsteilmittel von der vorläufigen Haushaltsführung betroffen, bestätigte Erfurts Finanzdezernentin Karola Pablich (parteilos).

„Die globale Haushaltssperre von 20 Prozent gilt in allen Verwaltungsbereichen, also auch für die Ortsteile“, sagte sie. Von den verbleibenden 80 Prozent könnte im ersten Halbjahr maximal die Hälfte abgerufen werden, also 40 Prozent der theoretisch verfügbaren Jahresmittel. Alle Ausgaben müssten aber von der Finanzdezernentin einzeln bestätigt werden.

Die Regelung verhindert immerhin, dass die Ortsteile mit Beginn des neuen Jahres nicht völlig mittellos dastehen. Repräsentative Ausgaben, etwa für

Glückwünsche zu runden Geburtstagen von Senioren, können zum Beispiel von den Ortsteilbürgermeistern weiterhin getätigt werden.

Die wichtigsten Ortsfeste sollen ebenfalls nicht unter der vorläufigen Haushaltsführung leiden. Pablich wolle bei ihren Entscheidungen berücksichtigen, wenn etwa ein Fest, das traditionell vom Ortsteil gefördert wird, bereits im ersten Halbjahr stattfindet, sagte sie.

Mittel für Kultur und Investitionen

Die Ortsteile bekommen Mittel für kulturelle Unterstützung, etwa für Vereine und Jubiläen, und für Investitionen. Die Höhe richtet sich nach der Einwohnerzahl. Wie viel Geld aber insgesamt für die Ortsteile zur Verfügung steht, wird mit jedem neuen Haushalt heftig disku-

tiert. Traditionell setzt die Verwaltung die Mittel im Haushaltsplan niedriger an als im jeweiligen Vorjahr. Ebenso traditionell nehmen dann die Stadträte die beabsichtigte Kürzung zurück. Über die Jahre sind die Mittel aber dennoch deutlich weniger geworden.

Bangen um Projekte

Im Vorjahr erschwerte noch der späte Haushalt die Arbeit der Ortsteilräte. Weil auch da die vorläufige Haushaltsführung bis in den Herbst hinein dauerte, fehlten den Orten verlässliche Zahlen etwa darüber, wie viel Geld sie investieren können. Der späte Zeitpunkt der Haushaltsgenehmigung ließ viele Ortsteile bangen, ob die beschlossenen Investitionsprojekte überhaupt noch umgesetzt werden können.